Änderungsantrag

Stadt Karlsruhe
Der Oberbürgermeister

Vorlage Nr.: 2026/0582/2

Eingang: 17.11.2026

Nachhaltiges Parkraumkonzept Stadt Karlsruhe
Ergänzungsantrag: GRÜNE

Gremien	Termin	TOP	Ö / N	Zuständigkeit
Planungsausschuss	26.11.2026		Ö	Vorberatung
Gemeinderat	15.12.2026		Ö	Entscheidung

Ergänzend zum Parkraumkonzept wird die Verwaltung damit beauftragt, folgende Punkte zusätzlich weiterzuverfolgen, über konkrete Tätigkeiten zu informieren und dem Gemeinderat Vorschläge zur Umsetzung, der Integration in das Parkraumkonzept sowie erwartete Ressourcenbedarfe/-ersparnisse vorzulegen:

1. Lenkung von Parknachfrage: Die Lenkung von Nachfrage in wenig ausgelastete Parkhäuser sowie auf P+R Flächen soll durch geeignete Information (z.B. Webseite) verbessert werden. Im Vordergrund steht aber weiter die Anreise mit ÖPNV, Rad oder zu Fuß.

2. Digitales Bezahlen und höhere Abstände von Parkscheinautomaten: Die Verwaltung beschäftigt sich mit der Integration bundesweit agierender Parkapp-Anbieter (keine Kosten für die Stadt, einheitliche Apps) und der Mitnutzung einer App-Lösung einer anderen Kommune als mögliche Varianten zum digitalen Bezahlen von Parktickets. Parallel zur Einführung werden dann die Abstände der Parkscheinautomaten bis zu 150 m erhöht, um Kosten zu sparen. Im Umfeld von Veranstaltungsorten können diese auch weit darüber liege n.

3. Feierabend-Parken: Neben der Ansprache von Besitzer*innen privater Flächen im Rahmen der Stadtteilkonzepte wird auch geprüft, ob Parkflächen der öffentlichen Hand in der Nacht (gebührenpflichtig) freigegeben werden können.

4. Die im Konzept angesprochene mögliche **Gebührendifferenzierung nach Lage** der Bewohnerparkzone im Stadtgebiet wird näher ausgestaltet, um Verdrängungseffekte in nicht bewirtschaftete Gebiete zu reduzieren.

5. Die im Konzept angesprochene mögliche **Gebührendifferenzierung nach Fahrzeuglänge** wird konkret nachverfolgt.

6. Die Prüfung von **Dauerparkscheinen** (Landauer Modell) wird fortgesetzt. Damit könnte Parkraumbewirtschaftung flexibler erfolgen. Zudem wird geprüft, wie sich vor Ort befindliches **Gewerbe** im Einzelfall bei angemessenen Gebühren die Möglichkeit erhalten könnte, eine Parkberechtigung in einer Bewohnerparkzone zu erhalten.

7. Carsharing: Der Carsharingausbau auch im öffentlichen Raum wird nachfrageorientiert forciert und als Teil der Stadtteilkonzepte umgesetzt. Damit sinkt der Flächenbedarf für parkende private Pkw und aus anderen Gründen (z.B. Entsiegelung oder Barrierefreiheit) wegfallende Stellplätze können kompensiert werden.

Gedruckt auf 100 Prozent Recyclingpapier

8. E-Mobilität: Die Verwaltung prüft Ansätze, wie perspektivisch die E-Mobilität im Rahmen des Parkraumkonzepts gefördert werden kann. Diese Ansätze werden in der öffentlichen Kommunikation frühzeitig berücksichtigt. So wird den Menschen und Unternehmen eine langfristige planbare Perspektive aufgezeigt und zur Beschaffung von E-Antrieben motiviert.

Unterzeichnet von:
Christian Klinkhardt
Dr. Susanne Heynen
Ivo Dujmović
Jorinda Fahringer
Dr. Sonja Klingert